Peter Grabowski - 2. März 2016

Berlin: Eine Welt der kulturellen Extreme

Kulturpolitik in Berlin bewegt sich zwischen bürgerschaftlichen Kleininitiativen und international beachteten Großprojekten

Berlin

- Landeshauptstadt: Berlin
- Gründung: 3. Oktober 1990
- Einwohner: ca. 3,5 Mio.
- Fläche: 891,68 km²
- Bevölkerungsdichte: ca. 3.900 pro km²
- Regierungschef: Michael Müller (SPD)
- Regierende Parteien: SPD und CDU
- Nächste Wahl: 18. September 2016
- Senator für Kultur: Michael Müller (SPD)
- Öffentliche Ausgaben für Kultur: 626,5 Mio. Euro/Jahr
- Kulturausgaben je Einwohner: 188,35 Euro/Jahr

Ganz tief in seinem Herzen muss Heinz-Joachim Theis ein gnadenloser Optimist sein: Seit 25 Jahren wartet er darauf, dass das Land Berlin eine Zusage wahrmacht und die Trägerschaft des von ihm geführten Keramikmuseums übernimmt. Das wird bislang von einem kleinen Verein betrieben, mit einem niedrigen fünfstelligen Jahresetat und lauter Freiwilligen, im ältesten noch stehenden Wohnhaus Berlins in der Charlottenburger Schustehrusstraße. Die letzten Signale aus der Senatsverwaltung waren allerdings wenig ermutigend. Zum 25-jährigen Jubiläum des ehrenamtlich betriebenen Museums wollte Kulturstaatssekretär Tim Renner nicht mal ein Grußwort schreiben. Theis macht natürlich trotzdem weiter.

Auch Neil MacGregor ist so ein gnadenloser Optimist: Seit fünf Jahrzehnten versucht er den „Stahlhelm“- und „Blitzkrieg“-fixierten Briten ein Deutschland zu vermitteln, das er für das wahre hält: Eine geschichtsträchtige Kulturnation, die gelernt hat, sich ihrer schlimmsten Abgründe auf höchstem Niveau zu stellen – im Unterschied zu, beispielsweise, seinen eigenen Landsleuten, die in Sachen Kolonialgeschichte oder Sklavenhandel bemerkenswert blind sind. Zuletzt hat er als Direktor des British Museum in London die weltweit beachtete Blockbuster-Ausstellung „Germany – Memories of a Nation“ verantwortet. Jetzt wagt er sich noch weiter vor und hat zum Jahresbeginn die Intendanz des geplanten Humboldtforums übernommen. Das soll die geistige Füllung für den rekonstruierten Schlossbau in der Berliner Mitte werden. Es handelt sich um die derzeit größte Kulturbaustelle Europas – architektonisch und stadtplanerisch, vor allem aber inhaltlich, also konzeptionell.

Zwischen Mini-Museum und Stadtschlossprojekt

Man kann die kulturpolitischen Herausforderungen Berlins nicht erfassen, ohne auf diese beiden Extreme zu schauen: Hier das bürgerschaftlich getragene Nischenmuseum in

prekären Kiez-Verhältnissen, dort der international beachtete Kulturtempel inmitten der mittlerweile – ja, es ist so – Weltmetropole. Das Stadtschloss wird weit mehr als eine halbe Milliarde Euro gekostet haben, wenn sich die Türen zu seinem Humboldtforum 2019 wie geplant öffnen. Und danach enorme Betriebskosten: Zuletzt war die Rede von über 50 Millionen Euro. Pro Jahr.

Berlin ist der legislative und administrative, der urbane wie mentale Sonderfall der Republik: Die Stadt ist einerseits die größte Kommune des Landes und gleichzeitig ein – vergleichsweise kleines – Bundesland; sie ist darüber hinaus die Hauptstadt des bedeutendsten Staates der Europäischen Union und hat zudem in den vergangenen zwei Jahrzehnten globale Strahlkraft entwickelt. Die eben noch geteilte Stadt an der Spree ist ein Magnet für Kreative, Investoren und Besucher aus der ganzen Welt geworden, mit aktuell 12 Millionen Touristen und 300.000 Zuzügen jährlich.

Eine in der Bundesrepublik einmalige Verteilung von Lasten und Verantwortung sorgt dabei für zahlreiche Ambivalenzen und Spannungsfelder: Zunächst ist Berlin so wie die anderen beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg gleichzeitig ein Bundesland und eine kreisfreie Kommune; aufgeteilt in zwölf Bezirke, von denen jeder einzelne im nationalen Vergleich einer mittleren Großstadt entspricht. Die beiden zentralen Bezirke Mitte und Charlottenburg wären zusammengenommen sogar die sechstgrößte Stadt der Republik, nach Frankfurt und noch vor Stuttgart. Für die Beurteilung der kulturpolitischen Herausforderungen muss man sich dieser Dimensionen bewusst sein.

Morbus Berolina: Provinz mit Weltanspruch

Die Berliner Kulturinstitutionen sind in der Regel der Senatsverwaltung unterstellt, also der Landesebene. Den Job des Kultursenators erledigt seit zehn Jahren der Regierende Bürgermeister der Stadt mit – zurzeit der Sozialdemokrat Michael Müller –, das operative Geschäft betreibt ein Kulturstaatssekretär; im Moment ist das der frühere Musikmanager und Autor Tim Renner. Dessen Berufung vor zwei Jahren hatte für einigen Wirbel gesorgt, und anschließend begann er unter anderem mit dem Engagements Chris Dercons als Nachfolger des Volksbühnen-Intendanten Frank Castorff selbst kräftig Wind zu machen: Museumsmanager beerbt Theatertier, Kulturwirtschaft statt Kunstfreiheit – die Reflexe in Kulturszene und Feuilleton waren vor allem Klischees verhaftet. In Berlin kann man immer wieder beobachten, dass urbaner Eliteanspruch und provinzieller Traditionalismus sehr wohl nebeneinander existieren können – mitunter sogar in ein und denselben Personen.

Über die Ränke des großstädtischen Gesellschaftslebens hinaus gibt es in Berlin aber etwas, das so nirgends sonst anzutreffen ist, weil Kultur in Deutschland Ländersache ist. Doch in seiner Hauptstadt darf der Bund zumindest kulturpolitisch richtig mitmischen – und die sehr selbstbewusste Kulturstaatsministerin Monika Grütters macht davon auch reichlich Gebrauch. Das gefällt zwar nicht jedem, andererseits sind viele Berliner Politikerinnen und

Politiker hinter vorgehaltener Hand oft sogar froh: Der Bund pumpt nämlich enorme Summen in die Museen, Bibliotheken sowie in die Kunst- und Festivalszene und verdoppelt die öffentlichen Kulturausgaben der Stadt so auf insgesamt rund eine Milliarde Euro. Eine stattliche Summe – und doch kaum zu viel für eine Metropole von Weltrang.

Kulturbaustellen wohin man sieht

Bei den Berliner Verantwortlichen sorgt der ständige Wechsel zwischen ganz klein und ganz groß – hier Keramikmuseum, da Humboldtforum – für ein alltägliches Kaleidoskop von Anforderungen und Einordnungen. Zur Verdeutlichung seien nur die größten Kultur-Baustellen hier kurz erwähnt: Ein neues Museum der Moderne am Kulturforum, die Neuverteilung der Gemäldesammlungen, die Sanierung von Neuer Nationalgalerie, Pergamonmuseum und Staatsoper Unter den Linden, die Belebung des Bode-Museums, die endgültige Entscheidung über das leidige Einheitsdenkmal am Schlossplatz („Wippe auf der Kippe“, wie Niklas Maak so schön in der F.A.Z. schrieb). Dazu die Übergaben von Berliner Ensemble und Volksbühne an die neuen Intendanten Reese beziehungsweise Dercon in 2017, nicht zuletzt die überfällige Aufwertung der Freien Szene, von deren Strahlkraft die Stadt atmosphärisch und in der Folge auch ökonomisch zumindest mitlebt. Zwischendurch muss dann auch noch mal schnell ein Traditionstheater wie die „Ku’Damm-Bühnen“ gerettet werden, weil den Investoren in die Immobilie nach Umbau ein Spielbetrieb im künftigen Kellergeschoss vorschwebt – allerdings gegen 500.000 Euro Miete jährlich. Bislang überlebt der Boulevardbetrieb mit immerhin einer Viertelmillion Zuschauer, weil die seit den 20er Jahren bespielten Bühnen mietfrei genutzt werden können.

Von wegen „gescheitert“: Multikulti ist Alltag

Eine andere, eher grundsätzliche Frage, mit der sich vor allem der wirklich rührige Staatssekretär Renner und die noch rührigere „Koalition der Freien Szene“ intensiv beschäftigen: Wie verteilt man die jüngst auf dreieinhalb Millionen Euro erhöhten Fördergelder für Künstlerinnen und Künstler, Kunst- und Kulturwirtschaftsprojekte aus der City Tax so, dass dabei nicht nur künstlerisch was rauskommt, sondern auch Arbeit fair bezahlt und sogar nicht nur das Berlin von heute ständig perpetuiert, sondern das Berlin von morgen mitgedacht wird?

Digitalisierung, Migration, kulturelle Bildung – das gehört mittlerweile überall im Land zum Themenmantra. In der Weltstadt mit ethnischen Schwerpunktvierteln sind die Herausforderungen an Vermittlung von Kultur, Technik- und damit auch Informations- wie Ausdruckskompetenz jedoch noch mal ganz andere. Und das betrifft beileibe nicht nur vermeintlich soziale Brennpunkte: In manchen Cafés, Bars und Restaurants von Mitte, Kreuz- und Prenzlberg oder Friedrichshain spricht der Service schon heute gern mal nur Englisch. Was zunächst wie eine elitäre Attitüde anmutet, ist aber bloß die Realität einer Metropole – für die Eltern des Autors dieser Zeilen eine ziemlich verstörende Erfahrung in der „eigenen“ Hauptstadt. Der Satz „Die sollen erst mal unsere Sprache lernen“ bekommt dann plötzlich noch mal eine ganz neue Bedeutung.

Peter Grabowski - 2. März 2016

Dieses bunt gemischte Völkchen an der Spree wird nach jüngsten Prognosen zudem weiter kräftig anwachsen: um bis zu 500.000 Menschen, runde 15 Prozent – in nur 15 Jahren. Die dann gut vier Millionen Berlinerinnen und Berliner werden noch mehr als heute eine „Welt-Bevölkerung“ sein. Welche Kultur, welche Teilhabeinteressen, welche Veränderungskräfte werden diese Menschen haben? Vor diesem Hintergrund müssen die Herausforderungen für Neil MacGregor im Humboldtforum, Tim Renner im Senat oder auch Shermin Langhoff im derzeit umjubelten Postmigrantischen Theater des Gorki verstanden werden. Ein Kleinod wie das Berliner Keramikmuseum dazwischen nicht zu übersehen und die Arbeit von Menschen wie Heinz-Joachim Theis vielleicht sogar mehr wertzuschätzen: Das wird gute Kulturpolitik in der Hauptstadt ausmachen.

Der Text ist zuerst in Politik & Kultur 02/2016 erschienen.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat